

## **Franz Spina (1868–1938)**

### **Abstract**

*After the constitution of Czechoslovakia in 1918, its population also included a large German minority that initially refused the new state formation, hoping to become part of German Austria, which would then be annexed to Germany. This did not happen, and the so-called Sudeten Germans had to accustom themselves to the new status quo. In the early 1920's, part of their political spectrum turned to a policy of "activism" consisting in cooperation with Czechoslovak authorities. This policy culminated in 1926 with two German ministers joining the first nationally mixed Czechoslovak government.*

*The study looks into the fortunes of one of them, Franz Spina, a professor of Slavonic Studies and top representative of German agrarians (Bund der Landwirte), who held various government positions between 1926 and 1938, before resigning in March 1938 due to his disagreement with the party's political direction, and who became a symbol of German activism in the Czechoslovak Republic.*

*Key words: Czechoslovakia, Bund der Landwirte, activism, Sudeten Germans*

Zu den bedeutendsten politischen Vertretern der deutschen nationalen Minderheit in der Ersten Tschechoslowakischen Republik gehört zweifellos der Politiker des *Bunds der Landwirte* Franz Spina. Er war einer der führenden Repräsentanten des deutschen Aktivismus, also jenes Teils der deutschen politischen Repräsentanz, der nach dem Entstehen

des neuen Staates und vor allem nach den ersten ordentlichen Parlamentswahlen (1920) den neuen Status quo anerkannte und bereit war, sich mit den tschechoslowakischen politischen Eliten zu einigen.

Franz Robert Spina<sup>1</sup> wurde am 5. Oktober 1868 in Markt Türnau (Městečko Trnávka) unweit von Mährisch Trübau (Moravská Třebová) geboren. Er stammte aus einer Landwirtschaftsfamilie, die in der Gemeinde bereits seit dem 17. Jahrhundert Tradition hatte. Markt Türnau war eine Minderstadt im sog. Schönhengstgau. Der Schönhengstgau war ein in großer Mehrheit deutsches Gebiet (und wurde daher von den Deutschen als deutsche Sprachinsel bezeichnet), in Markt Türnau jedoch waren die Tschechen in der Überzahl. Die hiesige Schule war utraquistisch und wurde gemeinsam von den Kindern beider Nationalitäten besucht. In der Schule und beim Spielen mit den tschechischen Mitschülern erlernte Spina gut Tschechisch, was ihm später in seiner politischen Karriere sehr zugute kam. Damals gab es im Ort noch keinen übertriebenen Nationalismus, der wenige Jahre später die Grenzregionen von Böhmen und Mähren beherrschte. Dank Franzens ausgezeichneter Schulergebnisse ließen ihn die Eltern das alte piaristische Gymnasium in Mährisch Trübau besuchen. Das Gymnasium, damals bereits verstaatlicht, absolvierte er in den Jahren 1879–1887. Dort knüpfte Spina eine langjährige Freundschaft mit seinem Mitschüler und späteren Senator Franz Jesser an.<sup>2</sup> Er interessierte sich auch für deutsche Literaturgeschichte. In seiner Kindheit, besonders in der Ferienzeit, half er den Eltern in der Landwirtschaft, wodurch er auch in dieser Tätigkeit eine gewisse Praxis erwarb.<sup>3</sup>

Nach der Reifeprüfung begann Spina an der Wiener Universität zu studieren. Am liebsten besuchte er hier die Vorlesungen in Germanistik und Philosophie. Nach dem Tod des Vaters setzte er jedoch seine Wiener Studien nicht mehr fort, sondern absolvierte ein weiteres Hochschulstudium an der deutschen Karl-Ferdinands-Universität in Prag. Hier beendete er Germanistik und Philosophie. Bereits in seiner Gymnasialzeit hatte ihn die deutsche Literaturgeschichte interessiert. Mit der Zeit beschäftigte er sich

1) *Sein Vater, „Franz Spina der Ältere, Bauer und Fleischer, fühlte sich als Deutscher und war in Türnau ein angesehenener Bürger; er führte seinen Familiennamen auf einen eingewanderten Steinmetz zurück, dessen italienischer Name Spina = Dorn war“ (Bachmann 1976, 169).*

2) *Franz Jesser (1869–1954), sudetendeutscher Publizist und Politiker, 1905 wurde zum Sekretär der Deutschen Agrarpartei in Böhmen, und 1907 bis 1911 Abgeordneter dieser Partei im Wiener Reichsrat. Jesser war von 1911 bis 1918 Abgeordneter der Deutschen Volkspartei, von 1920 bis 1933 Senator der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP) in der Prager Nationalversammlung. Von 1933 bis 1945 war er Bibliothekar in der Volksbibliothek von Zwittau (Svitavy).*

3) *Trapl 2006, 89.*

auch mit den Beziehungen der deutschen und tschechischen Literatur, außerordentliches Interesse zeigte er für den Kampf um die Echtheit der Königinhofer und der Grünberger Handschrift (Rukopis královédvorský a zelenohorský), der sich in den achtziger Jahren in der tschechischen Gesellschaft abspielte. Er verfolgte auch den politischen Kampf zwischen den AltsTschechen (staročesi) und Jungtschechen (mladočesi) und erlangte allmählich eine tiefere Vorstellung vom tschechischen Leben in Prag. Dies führte ihn auch zum Studium der tschechischen und slawischen Philologie, das er teilweise auch an der tschechischen Universität in Prag absolvierte.<sup>4</sup>

Sein Studium beendete Spina jedoch erst später, das Staatsexamen legte er erst 1896 ab, und deshalb trat er im Schuljahr 1892/1893 an seiner ersten gymnasialen Wirkungsstätte nur eine Stelle als Supplent (Hilfslehrer) an. Dies war im deutschen Grenzland am Benediktinergymnasium in Braunau (Broumov). Bereits als definitiver Lehrer unterrichtete er dann in den Jahren 1896–1901 in Mährisch Neustadt (Uničov) in Nordmähren und 1901 ging er an sein Muttergymnasium in Mährisch Trübau (bis 1905).<sup>5</sup> Er widmete sich jedoch auch fachlicher Tätigkeit, so untersuchte er den deutschen Dialekt der „Schönhengster Sprachinsel“, gemeinsam mit seinen Schülern sammelte er hiesige Sagen und Lieder. Seine Forschungen publizierte er in der Lokalpresse – der „Schönhengster Zeitung“. Zusammen mit dem Direktor der Bürgerschule Alois Czerny gründete er die Zeitschrift „Mitteilungen zur Volkskunde des Schönhengster Landes“ und einen Verein mit einem Museum, dessen ethnografische Abteilung Spina verwaltete. Bereits zu Beginn seiner Zeit in Mährisch Trübau im Jahr 1901 erlangte Spina an der Deutschen Universität Prag das Doktorat in Philosophie.<sup>6</sup>

Spina strebte jedoch nach einer Hochschulkarriere und ging deshalb nach Prag. Eine gewisse Umsteigestation war für ihn das Jahr am deutschen Gymnasium im Stadtteil Königliche Weinberge (Královské Vinohrady), doch bereits 1906 wurde er als Lektor und ab 1909 als Privatdozent an der deutschen Universität geführt. Er habilitierte mit einer Arbeit über die Bedeutung altböhmischer Legenden für die tschechische Sprache und Literatur. Alle Bemühungen, einen ordentlichen Lehrstuhl für Slawistik zu erlangen, scheiterten aber vorerst am Widerstand der höheren Stellen. Erst 1917 erhielt Spina eine außerordentliche und 1921 eine ordentliche Professur für Slawistik und tschechische Sprache und Literatur; dies jedoch bereits in einem völlig anderen Staat und nach dem Zerfall Österreich-Ungarns. Es war der erste Lehrstuhl für Slawistik an der Deutschen Universität Prag.

4) *Trapl 2006, 89.*

5) *Spina unterrichtete am Gymnasium Tschechisch als Wahlfach „und schloß sich nach der Jahrhundertwende dem dringenden Mahnrufführender deutscher Politiker Böhmens uns Mährens an: ‚Deutsche, lernt tschechisch!‘“ (Bachmann 1976, 171).*

6) *Trapl 2006, 90.*

Mit Ende des ersten Weltkriegs im Herbst 1918 stürzte die alte europäische Ordnung zusammen. Der Anfang einer neuen Epoche in der Geschichte Europas veränderte radikal auch die politische Landkarte des mitteleuropäischen Raums. Der österreichisch-ungarische Staatenbund zerfiel und auf seinen Fundamenten gründete man die sog. Nachfolgerstaaten. In dieser neuen Lage mussten sich auch die Deutschen in Böhmen und Mähren zurechtfinden, die ihre Eingliederung in die entstehende Tschechoslowakei lange Zeit ablehnten<sup>7</sup> und „davon ausgingen, dass sie Teil von Österreich bleiben, das sich Deutschland anschließen wird“.<sup>8</sup> Franz Spina korrespondierte in den entscheidenden Monaten (Oktober – November 1918) mit dem deutschen Generalkonsul in Prag Fritz Freiherr von Gebstattel,<sup>9</sup> den er darüber in Kenntnis setzte, dass in seinem Heimatbezirk das Verlangen „nach dem Anchluss an Deutschösterreich und nach der Abwehr aller tschechischen Übergriffe“ überwiege.<sup>10</sup> Im Herbst 1919, nachdem die

Grenzen der Tschechoslowakei festgelegt waren, änderten zwar die Vertreter der im Entstehen begriffenen deutschen Parteien ihren Standpunkt und zeigten Verhandlungsbereitschaft, doch jetzt handelte es sich nicht mehr um ein Entgegenkommen gegenüber dem neuen Staat, sondern um die Suche nach einem Ausweg aus der Not und de facto um das sich Abfinden mit dem Status quo.

In das politische Leben im neuen Staat stürzte sich auch Franz Spina. Bereits im März 1919 ging gegen ihn beim Präsidium des Innenministeriums die Anzeige eines gewissen Martin Dajčar ein, der behauptete, dass Spina in seinem Heimatland gegen die Regierung agitiere und sich mit verdächtigen Leuten treffe. Der Denunziant schloss seinen Brief mit den Worten: „Geben Sie auch auf Herrn Professor Špina in Prag acht, das ist ein geborener Tscheche, aber auch ein schädlicher Deutscher.“<sup>11</sup> Diese Anzeige wurde jedoch mehrere Monate später von der Prager Polizeidirektion widerlegt, die zu dem Schluss kam, dass Prof. Spina ein unbescholtener Mensch ist.<sup>12</sup>

Was die deutschen politischen Parteien in der Tschechoslowakei betrifft, so mussten sie sich, auch wenn sich ihre Grundstruktur nicht direkt geändert hatte, infolge des Entstehens des neuen Staates einem anderen äußeren Existenzrahmen anpassen. „Bis 1918 waren im Milieu der deutschen Bevölkerung der böhmischen Kronländer die deutsch-österreichische Parteien mit einem Organisationsnetz und Aktivitäten tätig gewesen, die sich im Rahmen des gesamten Cisleithaniens entwickelten“,<sup>13</sup> doch der Sturz der Monarchie zeriss die Verbindungen zwischen den Organisationen dieser Parteien in Böhmen und Mähren einerseits und ihren Zentralen in Wien andererseits. Unter diesen Bedingungen mussten also de facto neue politische Parteien entstehen, die sich jedoch ihre ideelle Kontinuität mit der vorhergehenden Periode bewahrten. Alle politischen Richtungen konnten so in diesem Sinn an die Vorkriegsgruppierungen anknüpfen, nur mit einer

7) Die Nachricht über das Entstehen des neuen Staates nahm er jedoch ruhig auf, denn er verließ sich darauf, dass „dass diese Änderung nur die von der tschechischen Bevölkerung besiedelten Gebiete betreffen und dass es auf ihrem Gebiet gelingen wird, den bisherigen Status quo zu bewahren“. César und Černý 1962, 63. Vgl. auch Höhne 2012, 23–24.

8) Petráš 2009, 167. Es gab jedoch auch Ausnahmen, wie das Dorf Georgswalde (Jiřikov), dessen „Gemeindevertretung am 7. November 1918 im Namen der deutschen Bevölkerung beschloss, sich bis zum Entscheidung der Friedenskonferenz dem Prager Nationalausschuss unterzuordnen, worüber beide Seiten eine Vereinbarung unterzeichneten“ (Hubený und Hasil 2011, 123). „In diesem Augenblick war es nicht möglich, dass sich beide Seiten einig werden – die Deutschen konnten zu diesem Zeitpunkt nicht dem Entstehen der Tschechoslowakei zustimmen, eines Staates, den sie nicht wollten und als dessen Bürger sie sich nicht fühlten, und ihre auf die Desintegration des neuen Staates gerichtete Tätigkeit musste daher zwingend den Widerstand seiner führenden Vertreter hervorrufen.“ (Tóth, Novotný und Stehlik 2011a, 259).

9) Am 6. September 1909 wurde er mit der vertretungsweisen Leitung des Konsulats in Prag beauftragt. Die Übernahme der Geschäfte erfolgte am 8. September 1909. Am 17. September 1909 wurde er zum Konsul und schließlich am 10. Februar 1915 zum Generalkonsul bestellt.

10) Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, (weiter nur Deutsche Gesandtschaftsberichte), Teil I. Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Beneš 1918–1921. Berichte des Generalkonsuls von Gebstattel, des Konsuls König und des Gesandten Professor Saenger. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander, Veröffentlichungen des Collegium Karolinum, Band 49/1, München 2003. Die Stimmung im Schönhengsgau, Deutsches Konsulat an Herrn Reichskanzler, Auswärtiges Amt, Prag, den 29. November

1918, Nr. 30, 105. Die Menschen auf den Versammlungen lehnten eine Eingliederung in den tschechischen Staat eindeutig ab, schrieb Spina und fügte hinzu: „Das Gelöbnis auf den tschechischen Staat sei bisher verweigert worden.“ Deutsche Gesandtschaftsberichte, Die Stimmung im Schönhengsgau, Deutsches Konsulat an Herrn Reichskanzler, Auswärtiges Amt, Prag, den 29. November 1918, Nr. 30, 106.

11) Vgl. Národní archiv Praha (weiter nur NA), fond policejní ředitelství Praha II – prezidium, sign. Sp 4/9, manipulační období 1921–1930, kart. 452.

12) Betreffs seiner Zuverlässigkeit gegenüber dem neuen Staat informierte Anfang September 1919 die Polizeidirektion Prag in dem Sinn, dass „über den außerordentlichen Universitätsprofessor Dr. Franz Spina hier in sittlicher oder politischer Hinsicht nichts Anstößiges bekannt ist“ NA, fond policejní ředitelství Praha II – prezidium, sign. Sp 4/9, manipulační období 1921–1930, kart. 452.

13) Harna 2005, 538.

Ausnahme, und das wurden die Agrarier.<sup>14</sup> Die bislang privilegierten deutschen politischen Parteien befanden sich außerdem plötzlich in der Position von Vertretern einer nationalen Minderheit, die zudem in ihrer überwiegenden Mehrheit das neue Staatsgebilde ablehnte. Einer ähnlichen Haltung schlossen sich anfangs alle deutschen Parteien an und erst Lauf in einer schrittweisen Entwicklung gelang es, zumindest einen Teil von ihnen für eine Zusammenarbeit mit den Staatsorganen zu gewinnen.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Österreich im September 1919 in Saint-Germain-en-Laye wurde für die deutschen Parteien in der Tschechoslowakei lediglich zu einer formellen Bestätigung des bestehenden Zustands. Ab diesem Zeitpunkt trat auch der Prozess der endgültigen Formierung der deutschen politischen Parteien im neuen Staat in seine Schlussphase. Die deutschen Parteien konnten somit an den ersten tschechoslowakischen Parlamentswahlen im April 1920 teilnehmen. Die entstandenen Parteien repräsentierten ein breites Meinungsspektrum,<sup>15</sup> was sich paradoxerweise kontraproduktiv auswirken konnte. Die Deutschen waren nicht einheitlich und die von ihnen formulierten Ziele widersprachen sich häufig.<sup>16</sup>

Wenn Spina unter Österreich eher das politische Handwerk erlernte, zeigte sich nach dem Entstehen der Tschechoslowakischen Republik (ČSR) voll sein politisches Talent. Nach dem Vorbild seines Schwiegervaters Franz Peschka entschied er sich für die Agrarbewegung. Der Bund der Landwirte (BdL) war die stärkste bürgerliche Partei, die die Interessen der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei vertrat. Sie knüpfte zwar an die Tätigkeit der 1905 entstandenen Deutschen Agrarpartei an, doch nach dem Zerfall Österreich-Ungarns musste sich der BdL völlig neu konstituieren, „da seine hauptsächliche Vorgängerin [die Deutsche Agrarpartei – L. N.] [...] trotz großer Wahlerfolge keine nennenswerte Parteiorganisation aufgebaut hatte“.<sup>17</sup> Der Bund der Landwirte wurde sehr früh gegründet, und zwar bereits Mitte November 1918 in Česká Lípa (Böhmisch Leipa), und im Lauf der folgenden drei Monate baute er sein Organisationsnetz als Partei auf. Ende Februar 1919 hielt man in Teplice (Teplitz-Schönau) den ersten Landesparteitag in Böhmen ab, auf dem die Grundlagen der sich rasch

entwickelnden Organisationsstruktur gelegt wurden. Die Konstituierung der Partei in Mähren erfolgte nicht so schnell wie in Böhmen; im Mai 1919 trat jedoch der Landesparteitag in Šumperk (Mährisch Schönberg) zusammen, „*der den Beginn des Aufbaus einer Organisationsstruktur der Partei auch in Mähren bedeutete*“.<sup>18</sup>

Franz Spina wurde zur entscheidenden Persönlichkeit des BdL im parteiorganisatorischen Land Lanškroun (Landskron) und schon im Jahre 1920 wurde er für den II. böhmischen Wahlkreis Pardubitz als Abgeordneter ins Parlament gewählt.<sup>19</sup> Er wurde stellvertretender Vorsitzender des Parlamentsklubs des BdL, später dessen Vorsitzender. Zum Abgeordneten für den BdL wurde er auch in allen folgenden Parlamentswahlen in der ersten Republik (1925, 1929 und 1935) gewählt, in den Jahren 1920–1925 war er stellvertretender Vorsitzender, 1933–1936 dann Vorsitzender dieser deutschen Partei. Bereits seit 1920 war er Sekretär des ständigen Ausschusses des tschechoslowakischen Parlaments und ab 1925 stellvertretender Vorsitzender des Abgeordnetenhauses.<sup>20</sup>

Spina begriff bald nach dem Entstehen des neuen Staates, dass die Versuche einer Lostrennung der Grenzgebiete, in denen die zahlenstarke deutsche Minderheit lebte, von der Tschechoslowakei und ihr Anschluss an Deutschösterreich nicht real sind. Seine Meinung teilte er einem Gast mit, der ihn besuchen kam: „*Nie werden die Tschechen die Randgebiete freigeben, geschweige denn über die anderen verhandeln. Die Tschechen verlangen die historischen Grenzen und werden sie auch von den Siegermächten bekommen, die es auf eine Schwächung des deutschen Elementes in Europas politischer Gliederung abgesehen haben.*“<sup>21</sup>

Der frischgebackene ordentliche Professor gehörte bereits seit Anfang der zwanziger Jahre zu den führenden Vertretern seiner Partei. Als er sich nach dem Einzug in das tschechoslowakische Parlament mit der Situation im neuen Staat vertraut machte, gelangte er zu der Ansicht, „*dass es unter den gegebenen Verhältnissen nur einen einzigen Weg zur Verbesserung der Lage des deutschen Volkes gibt – eine positive Politik, aktive Arbeit im Staat und, wenn dies möglich ist, auch Zusammenarbeit*“.<sup>22</sup> Spina wurde

14) Vgl. Linz 1982, 132.

15) Hinsichtlich ihrer Haltung zum neuen Staat können sie in zwei Gruppen unterteilt werden – die aktivistischen Parteien, die eine Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Regierung befürworteten, und die negativistischen, die während ihres gesamten Bestehens auf einer ablehnenden Haltung gegenüber dem neu entstehenden Staat beharrten.

16) Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil I. Der Wahlkampf der deutschböhmen Parteien, Der Geschäftsträger des Deutschen Reiches an das Auswärtige Amt, Prag, den 24. März 1920, Nr. 101, 264–265, (264).

17) Linz 1975, 216.

18) Šebek 2005, 881. Infolge der Schwierigkeiten beim Aufbau seines Organisationsnetzes wurde der BdL erst am 22. Januar 1920 in Prag als Partei mit gesamtstaatlichem Wirkungsbereich gegründet. Vgl. auch Kubů und Šouša 2012, 149–153.

19) Die Parlamentswahlen im April 1920 waren für den BdL erfolgreich; die Partei erlangte 11 Mandate im Abgeordnetenhaus und 6 im Senat und wurde zur stärksten deutschen bürgerlichen Partei. Vgl. Deset let československé republiky, Svazek první (weiter nur DLČSR, I), Praha 1928, 292–293.

20) Trapl 2006, 90.

21) Bachmann 1976, 175–176.

22) Broklová 1999, 73.

gemeinsam mit dem Vorsitzenden des BdL Franz Křepk (1855–1936)<sup>23</sup> zum Hauptbegründer einer Politik des sog. Aktivismus, die in der Suche nach einer bestimmten Form der tschechisch-deutschen Zusammenarbeit nicht nur im Rahmen der Nationalversammlung, sondern auch der gesamten Republik bestand. Der Bund der Landwirte gehörte zu den führenden Vorkämpfern dieser Politik.<sup>24</sup> Im Jahr 1921 erschien im Blatt *Bohemia* ein Artikel von Franz Spina, in dem erstmals die Grenzen des deutschen Aktivismus genannt wurden: „*Sie [die aktivistische Politik – L. N.] führt den Kampf nicht gegen das tschechische Volk, sondern gegen das herrschende nationalistische Regime, sie perhorresziert nicht den Kompromiß und ein staatliches Zusammengehen der beiden Völker von vornherein, sie will durch den Kampf gegen den wahnwitzigen Nationalismus die Bedingungen eines künftigen Friedens auf der Grundlage der Demokratie und Selbstachtung eines Volkes möglich machen.*“<sup>25</sup> Spina bekannte sich auch im November 1921 bei einer Budgetdebatte zur Idee eines Zusammenlebens von Tschechen und Deutschen: „*Wir werden uns in dieser Stunde des Charakters unserer Opposition bewußt, die sich nicht gegen den Bestand dieses Staates richtet, sondern gegen die Art und Weise, wie hier regiert und verwaltet wird.*“<sup>26</sup> Das war wichtig. Die deutschen Aktivisten betonten nämlich wiederholt, dass sie

nicht in Opposition zum Staat als solchen stehen, sondern gegen die Form protestieren, wie er entstanden war und wie zum Beispiel die Verfassungsurkunde oder das Sprachengesetz beschlossen wurden. Im gleichen Monat schrieb auch der deutsche Botschafter in Prag Walter Koch nach Berlin, dass der Premierminister Edvard Beneš nach einer Verbesserung der Beziehung zur Regierung strebt, doch während vor allem die Agrarier (Franz Spinas) „*eine entschiedene Neigung zum Entgegenkommen und zu einer realen Politik der kleinen gegenseitigen Zugeständnisse zeigen*“, sei das Problem die Haltung der Negativisten (Lodgman von Auen und weitere).<sup>27</sup>

Zwei Jahre später (im Juli 1923) einigte sich Franz Křepk mit Professor Bruno Kafka und Ludwig Spiegel (beide waren von der Deutschen Demokratischen Freiheitspartei) auf eine Politik der Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Regierung.<sup>28</sup> Franz Spina ging noch ein wenig weiter und schrieb bereits im Februar 1923 und bestimmte damit eigentlich auch den Begriff des Aktivismus: „*Wenn es uns gelingt, irgendwo eine deutsche Schule zu errichten, wenn es dem BdL gelingt, in der brennenden Frage der Vermögensabgabe eine Konzession zu erzielen, die auch den anderen Ständen zum Nutzen gereicht, dann lasse ich mich ruhig von Ihnen [gemeint ist Rudolf Lodgman von Auen – L. N.] einen Aktivisten nennen.*“<sup>29</sup>

23) Křepks Karriere begann schon in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, zur Zeit des Ministeriums Graf Taaffe. Er gehörte als agrarischer Vertreter zwischen 1885 und 1897 dem österreichischen Reichsrat in Wien und von 1886 bis 1899 dem böhmischen Landtag als Parlamentarier an. Im Zuge des Zusammenbruchs der Habsburgermonarchie im Herbst 1918 wurde er Mitglied des Bundes der Landwirte, deren Landesverband in Böhmen er von 1919 bis 1925 als Vorsitzender leitete. Von 1920 bis 1925 war Křepk Abgeordneter des Parlamentes der tschechoslowakischen Republik in Prag, von 1925 bis 1929 war er Senator. Von 1933 bis 1936 war Křepk Bürgermeister von Leitmeritz (Litoměřice). Er wurde unter ungeklärten Umständen während einer Jagd bei der Burg Ruine Mühlstein erschossen.

24) Präsident Masaryk forderte die Partei bereits 1921 auf, sich an der Regierung zu beteiligen. Vgl. *Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil I. Masaryk lädt den Bund der Landwirte zur Mitarbeit an der Beamtenregierung ein, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 3. Mai 1921, Nr. 186, 434–435.*

25) Kracik 1999, 94. Im September riefen dann auch weitere Politiker des BdL zur Zusammenarbeit auf. Kracik 1999, 103.

26) Příloha k těsnopisecké zprávě o 91. schůzi poslanecké sněmovny Národního shromáždění republiky Československé v Praze ve středu dne 16. listopadu 1921, <http://www.psp.cz/eknih/1920ns/ps/stenprot/091schuz/prilohy/priloh01.htm>, 25. 7. 2012. Spina fügte noch hinzu: „*In diesem Staate sind wir eingeschlossen mit unseren Körpern, mit unserer Wirtschaft, mit unserer Arbeit, in diesem Staate als einer gegebenen realen Größe müssen wir nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte in Anspruch nehmen, und wir*

*verlangen nach den Grundsätzen der Demokratie für den einzelnen Deutschen und für unseren ganzen Volksteil jene Stellung, deren wir zur lebensfähigen Erhaltung dieses unseres Volksteiles bedürfen. Das, meine Herren, ist der Sinn und das ist das Ergebnis unserer deutschen Mobilisierung.*“ Příloha k těsnopisecké zprávě o 91. schůzi poslanecké sněmovny Národního shromáždění republiky Československé v Praze ve středu dne 16. listopadu 1921, <http://www.psp.cz/eknih/1920ns/ps/stenprot/091schuz/prilohy/priloh01.htm>, 25. 7. 2012.

27) *Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil II. Vom Kabinett Beneš bis zur ersten übernationalen Regierung unter Švehla 1921–1926. Berichte des Gesandten Dr. Walter Koch. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander, Veröffentlichungen des Collegium Karolinum, Band 49/II, München 2004. Beneš über die Beziehungen zu Deutschland und den Deutschen im Lande; Diskussionen und Selbstisolation der Deutschböhmen, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 18. November 1921, Nr. 8, 13.*

28) *Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil II. Der Bund der Landwirte auf dem Wege zu einer realistischen Politik, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 17. Juli 1923, Nr. 65, 166, von der Neigung zur realistischen Politik vgl. 167.*

29) Kracik 1999, 116. Spina brachte seine positive Haltung zur ČSR auch Mitte 1924 zum Ausdruck. Vgl. *Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil II. Deutsche und Tschechen im Staat; Kommunisten; Agrarzolleinigung, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 10. Juli 1924, Nr. 94, 233.*

Franz Spina widmete sich in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre aufgrund seiner Bildung und pädagogischen Tätigkeit vor allem der Schulproblematik, wo er für die Erhaltung der deutschen Schulen kämpfte und bemüht war, viele diskriminierende Maßnahmen vonseiten der Staatsmacht zu verhindern. Er trat als Verteidiger des deutschen Hochschulwesens auf und verwies wiederholt auf die Kürzung der Haushalte für diese Institutionen im Vergleich zu den tschechischen Schulen.

Im November 1925 wurden in der Tschechoslowakei Parlamentswahlen abgehalten. Der BdL erreichte bei ihnen sein bestes Ergebnis, wobei er in Koalition mit der Deutschen Gewerbetypartei und der Ungarische Nationalpartei (Magyar Nemzeti Párt, MNP) kandidierte.<sup>30</sup> Der Gewinn von 24<sup>31</sup> bzw. 19 Mandaten<sup>32</sup> machte aus dieser Formation die stärkste deutsche politische Körperschaft. Das neue Kabinett, das nach den Wahlen entstand, war jedoch eine Fortsetzung der Regierung einer Volkskoalition tschechoslowakischer Parteien. Diese Formation hielt sich jedoch nicht lange an der Macht und im März 1926 erklärte der Premierminister, der Agrarier Antonín Švehla, seinen Rücktritt. Präsident Tomáš Garrigue Masaryk ernannte eine Beamtenregierung unter Jan Černý,<sup>33</sup> in deren Amtszeit sich eine neue Koalition bürgerlicher Parteien herausbildete. Erstmals seit Kriegsende ergab sich nämlich die Möglichkeit, eine Regierung ohne die sozialistischen Parteien zu bilden, die auf einer Zusammenarbeit der nichtlinken Parteien aufbauen würde, und zwar auch von Vertretern der deutschen und ungarischen Minderheit. Die bisherigen Kabinette setzten sich stets nur aus tschechoslowakischen Parteien zusammen, deren Programme sich selbstverständlich unterschieden und deren Koalition nicht natürlich war.

Während des Mandats der Beamtenregierung verhandelten die Führer der deutschen aktivistischen Parteien (Franz Spina, Robert Mayr-Harting<sup>34</sup> und Franz Jesser)

mit den tschechoslowakischen Politikern über die mögliche Schaffung einer rechten Koalition, der sog. Herrenkoalition. Die Situation nach den Wahlen kristallisierte sich zu einer Atmosphäre des allgemeinen Suchens nach einer Zusammenarbeit auf beiden Seiten. Außerdem fiel, nachdem der bisherige große Widersacher der Politik des Aktivismus Rudolf Lodgman von Auen nicht in den Senat gelangt war und dessen Einfluss mit der allmählichen Konsolidierung des tschechoslowakischen Staates schwächer wurde, auch dieses Hindernis einer möglichen Einigung. Diese war jedoch nicht ohne eine wichtige Gestalt der tschechoslowakischen Nachkriegspolitik möglich: des Agrariers Antonín Švehla, dessen „*enger Kontakt zu Křepek und Spina [...] den Weg in eine neue Epoche der Innenpolitik*“ eröffnete.<sup>35</sup>

Ende Februar 1926 trafen sich daher die Vertreter des deutschen Aktivismus (Spina, Mayr-Harting und Jesser) mit dem deutschen Botschafter in Prag Walter Koch, dem sie mitteilten, dass die bisherige negativistische Politik der deutschen Parteien kontraproduktiv sei und dass sie als Vertreter der maßgebenden politischen Parteien beabsichtigen, in der Zukunft die Rolle einer standardmäßigen parlamentarischen Opposition auszufüllen, wobei sie hinzufügten, dass sie „*also die Stellung einer wirklich loyalen Minderheit beziehen*“ wollen. Die deutschen Politiker beabsichtigten aber, ihren Standpunkt mit Berlin zu konsultieren, konkret mit dem Außenminister Gustav Stresemann. Sollte seine Meinung positiv ausfallen, wären sie bereit, den angetretenen Kurs fortzusetzen.<sup>36</sup>

Die Vertreter der deutschen Minderheit setzten die Verhandlungen fort, an deren Ende im Oktober 1926 der Beitritt der deutschen Vertreter in die erste national gemischte Regierung in der Geschichte des tschechoslowakischen Staates stand. Konkret handelte es sich um Franz Spina als Minister für Öffentliche Arbeiten und Robert Mayr-Harting als Justizminister. Mit der Ernennung dieser beiden Politiker endete die Ära der national einheitlichen Kabinette. Das Entstehen der neuen Regierung wurde

30) BdL und MNP bildeten sogar einen gemeinsamen Parlamentsklub. Tóth 2010, 176.

31) DLČSR, I, 294.

32) Ohne die 5 Mandate, die im Rahmen der gemeinsamen Kandidatenliste an die Ungarische Nationalpartei fielen. Vgl. *Národní shromáždění Republiky československé v prvním desetiletí*, Praha 1928, 1202–1203.

33) Von 1920 bis 1928 war Jan Černý Präsident der mährischen Landesverwaltung, und von 1928 bis 1939 Präsident der Mährisch-Schlesischen Provinz. Im Rahmen dessen war Černý vom 15. September 1920 bis zum 26. September 1921 Ministerpräsident der Tschechoslowakei als Vorsteher einer Beamtenregierung. Anschließend übernahm er unter der folgenden Regierung Beneš die Funktion des Innenministers. Vom 18. März 1926 bis zum 12. Oktober 1926 bildete Černý erneut eine Beamtenregierung, um anschließend, bis 1929 wiederum das Amt des Innenministers zu übernehmen.

34) Im Sommer 1919 entwarf er gemeinsam mit Karl Hilgenreiner das Parteiprogramm der Deutschen christlich-sozialen Volkspartei (DCV). Er gehörte bis zum Ende der Partei

1938 dem engeren Führungskreis an. Dabei hat er sich stets für eine staatsloyale Haltung eingesetzt. Zwischen 1926 und 1929 war er Justizminister. Er setzte sich dabei unter anderem für die Anerkennung der Deutschen Sprache vor Gericht ein. Obwohl die DCV nach 1929 nicht mehr in der Regierung saß, setzte er sich weiterhin für ihre Stützung ein.

35) Bachmann 1976, 178.

36) *Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil II. Bitte der Aktivisten um Unterstützung durch das Deutsche Reich, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 27. Februar 1926, Nr. 186, 483. Der deutsche Botschafter fügte in seinem Bericht hinzu, dass auch Berlin sich entscheiden müsse, ob es die Einigung der deutschen Minderheit mit Prag unterstützt oder ihren Kampf gegeneinander. Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil II. Bitte der Aktivisten um Unterstützung durch das Deutsche Reich, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 27. Februar 1926, Nr. 186, 484.*

auch von der deutschen Botschaft in Prag gehörig begrüßt, die es als bedeutenden Schritt und als Mitteilung an die ausländischen Staaten bezeichnete, dass die These vom tschechoslowakischen Nationalstaat nicht mehr gilt. „*Mayr-Harting und Spina haben beide sehr wichtige Ressorts und nicht bloß Scheinministerien übernommen, und es wird interessant sein zu sehen, inwieweit ihnen die Durchsetzung grundsätzlicher und spezieller Forderungen gelingen wird,*“ hieß es im entsprechenden Bericht.<sup>37</sup>

Die Wirklichkeit war jedoch ein wenig anders. Die Vertreter der deutschen Parteien sollten ursprünglich die Stellungen des Ministers für Schulwesen und Volksbildung sowie des Ministers für Post und Telegrafien erhalten, doch stieß diese Idee auf den Widerstand der Tschechen. Wichtig ist, dass die Deutschen 1926 auch weniger bedeutsame Posten akzeptierten, obgleich sie angesichts ihres wirtschaftlichen Gewichts gewiss Anspruch auf Posten gehabt hätten, „*von denen aus mehr und nachhaltiger Aufbau und Ausbau des Staates hätten beeinflusst werden können*“.<sup>38</sup> Dieser Schritt bedeutete also nicht den Versuch eines tschechisch-deutschen Vergleichs, sondern eher einer zweckgebundenen Zusammenarbeit; die deutschen Parteien machten ihren Beitritt zur Regierung nicht von nationalitätenpolitischen Zugeständnissen abhängig.<sup>39</sup> Wahr blieb somit, dass die Parteien, die der Regierung beitraten, nur zu einem Anteil an der Macht gelangten, und daher ist der Ansicht von Jörg Kracik zuzustimmen: „*Dem wichtigsten Ziel der Aktivisten, dem Umbau des Staates in einen der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung besser entsprechenden Nationalitätenstaat, in dem die Deutschen größtmögliche nationale und kulturelle Autonomie genießen sollten, war man durch den Regierungseintritt in keiner Weise näher gekommen; die Aktivisten hatten von sich aus keinerlei Zugeständnisse in dieser Richtung verlangt.*“<sup>40</sup>

37) *Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil II. Die neue tschechoslowakische Regierung mit deutschen Ministern, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 13. Oktober 1926, Nr. 230, 587.*

38) Vgl. Tóth, Novotný und Stehlik 2011b, 158.

39) *Die DCV gab trotzdem zu ihrem Regierungsbeitritt folgende Erklärung ab: „Diese Entscheidung bedeutet für die Sudetendeutschen, aber auch für den tschechoslowakischen Staat [...] einen Wendepunkt. Die Tatsache, dass in diesem Augenblick praktisch und offiziell die tschechische Koalition zu bestehen aufhört und dass sich auch deutsche Parteien an der gesetzgebenden Tätigkeit und der staatlichen Verwaltung beteiligen, kann nicht ohne günstige Wirkung auf die Gesamtentwicklung bleiben“ (César und Černý, 371). Entscheidend wurde für die deutschen Parteien in diesem Moment „die Teilhabe an der Regierungsgewalt und die dadurch erhoffte Sicherung bestimmter sozialer Interessen“ (Burian 1969, 142).*

40) Kracik 1999, 170.

Der deutsche Botschafter lehnte außerdem das Streben der deutschen Aktivisten ab, den Eindruck zu erwecken, dass sie auf Anweisung von Berlin handeln: „*Die sudetendeutsche Politik wird nicht in Berlin gemacht: Für sie sind die politischen Führer des sudetendeutschen Volkes einzig und allein selber maßgebend und verantwortlich.*“<sup>41</sup> Andererseits bedeutete dies nicht, dass Koch die Aktivitäten von Spina und den Anderen ablehnen würde, im Gegenteil. Er betrachtete diese politische Linie als zweckmäßiger als das negativistische Ablehnen des Status quo.<sup>42</sup>

Franz Spina wurde also im Herbst 1926 Minister der tschechoslowakischen Regierung.<sup>43</sup> Seine politische Karriere erreichte ihren Höhepunkt, als Angehöriger einer nationalen Minderheit und Politiker konnte er an kein höheres Ziel denken. Nach seinem Funktionsantritt gab er eine Erklärung ab, in der er sich eindeutig zur Tschechoslowakischen Republik bekannte: „*Meine Herren, ich bin nun Minister der Tschechoslowakischen Republik und muß als solcher ihre Gesetze und Verordnungen respektieren. Soweit dieselben uns Deutschen nicht ganz entsprechen, werden wir ihre Änderung auf legalem Wege im Parlament durchzusetzen haben.*“<sup>44</sup>

Spina und Mayr-Harting mussten selbstverständlich dadurch, dass sie Regierungsmitglieder wurden, die Regierungspolitik durchsetzen und ihre Parteien befanden sich in der Position von Regierungsparteien, die das Kabinett nicht mehr angriffen, sondern es im Parlament unterstützten.<sup>45</sup> Mitte 1927 fand in Prag eine Tagung

41) *Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil II. Die Position des Deutschen Reiches zu den deutschen Parteien und die Frage einer Loyalitätserklärung, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 20. März 1926, Nr. A 64, 758.*

42) *Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil II. Die Position des Deutschen Reiches zu den deutschen Parteien und die Frage einer Loyalitätserklärung, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 20. März 1926, Nr. A 64, 759.*

43) *Seit dem Jahre 1929 war er Minister für öffentliches Gesundheitswesen und Körpererziehung, in 1935 wurde zum Minister ohne Geschäftsbereich. Am 23. März 1938 trat er zurück. „Franz Spina war mit insgesamt 11 Jahren und 9 Monaten im Amt der am längsten dienende deutsche Minister der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918–1938) und nach Edvard Beneš, Jan Šrámek, Milan Hodža und Emil Franke insgesamt der fünftdienstälteste Minister“ (Havlin 2012, 261).*

44) Bachmann 1976, 179.

45) *Bereits im Dezember 1926 äußerten sich beide in dem Sinn, dass sie in die bevorstehende Zusammenarbeit große Hoffnung legen. Während Mayr-Harting beiderseitige Zurückhaltung empfahl, Spina „begründete die Notwendigkeit der Mitarbeit der Deutschen nicht bloß mit den für Tschechen und Deutschen gemeinsamen wirtschaftlichen Nöten, sondern auch mit der Gestaltung der politischen Verhältnisse in Europa“. Die Regierung sollte nach ihm „antisozialistisch, aber nicht antisozial“ sein. Vgl. Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil III.*

der Donaukommission statt,<sup>46</sup> an der auch der Beamte im Auswärtigen Amt für Schiffsfahrtsfragen Dr. Arthur Seeliger teilnahm. Franz Spina gab zu diesem Anlass ein festliches Abendessen, nach dem er zu dem deutschen Beamten trat und ihn bat, dass er sich gern mit der deutschen Delegation (Seeliger, Albert von Kienlin und der Konsul in Bratislava Otto Reinebeck) treffen würde. Als sich die Herren setzten, machte sie Spina mit den Ergebnissen der deutschen aktuellen Politik bekannt. „*Er führte aus, daß die Tschechoslowakei mit dem Beitritt der beiden deutschen Minister an einem Wendepunkt ihrer Geschichte angelangt sei, daß im Gegensatz zum Nationalstaat hiermit der Nationalitätenstaat anerkannt sei,*“ schrieb Seeliger über Spinass Worte und fügte hinzu, dass der Minister für öffentliche Arbeiten von der Notwendigkeit einer aktiven Teilnahme der Deutschen an der Verwaltung des tschechoslowakischen Staates überzeugt sei.<sup>47</sup> Wie bereits weiter oben erwähnt wurde, überschätzte Spina in diesem Augenblick den Beitritt der deutschen Minister zur Regierung. Bei der Herausbildung der Herrenkoalition handelte es sich primär um politische Interessen, nicht um die Umgestaltung der Tschechoslowakei in einen Nationalitätenstaat.

Im Jahr 1929 erfolgten die nächsten Parlamentswahlen, bei denen der BdL gemeinsam mit der Deutschen Arbeits- und Wahlgemeinschaft kandidierte, die 1928 entstanden war. Diese Zusammenarbeit erwies sich jedoch als unproduktiv, da sie nicht die erwarteten Stimmen der städtischen Wähler brachte. Im Gegenteil, die Anzahl der Mandate sank im Vergleich zu 1925 auf 16.<sup>48</sup> Franz Spina blieb auch weiterhin Minister

für öffentliches Gesundheitswesen und Körpererziehung, aufgrund der Wahlergebnisse und der politischen Vereinbarungen musste jedoch Robert Mayr-Harting von der Deutschen christlichsozialen Volkspartei (DCV) das Kabinett verlassen. Nach komplizierten Koalitionsverhandlungen trat schließlich die deutsche Sozialdemokratie der Regierung bei,<sup>49</sup> deren Vorsitzender Ludwig Czech wurde Minister für Sozialfürsorge, der sich in dieser Funktion vor allem um die Milderung der Folgen der Wirtschaftskrise bemühte.<sup>50</sup>

Die aktivistische Politik feierte zu Zeiten der Konjunktur in den zwanziger Jahren unter der deutschen Bevölkerung erhebliche Erfolge (1929 wählten über 75 % der Deutschen aktivistische Parteien, zu denen noch die deutsche Sozialdemokratie gehörte). Der BdL entschied sich, seine aktivistische Politik fortzusetzen und in der Regierung des Agrariers František Udržal wurde Spina Minister für öffentliche Gesundheit und Körpererziehung (1929–1932).<sup>51</sup> Spinass Position gewann auch dadurch, dass er zu den Mitbegründern des Internationalen Agrarbureaus (der sog. grünen Internationale) wurde, einer 1929 entstandenen europäischen Vereinigung der Agrarparteien.<sup>52</sup>

Die Weltwirtschaftskrise, die Europa zur Wende der zwanziger und dreißiger Jahre erfasste, ließ auch die Tschechoslowakei nicht verschont. Die Arbeitslosigkeit in den Sudetengebieten stieg in schwindelnde Höhe und die Haltung der hiesigen Bewohner begann sich zu radikalieren.<sup>53</sup> In Zusammenhang mit der Entwicklung der politischen Situation im benachbarten Deutschland entstand die Frage, welche Partei die Ziele der Sudetendeutschen verteidigen und durchsetzen wird. Beide sog. negativistischen Parteien (DNSAP und DNP – Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei und

*Von der Regierung unter Švehla bis zum Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland 1926–1932. Berichte des Gesandten Dr. Walter Koch. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 49/III, München 2009, Innerpolitische Situationsbericht, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 2. Dezember 1926, Nr. 4, 11.*

46) *Im Jahre 1921 wurde die internationale Donaukommission (IDK) gebildet, deren Sitz 1927 von Preßburg nach Wien verlegt wurde.*

47) *Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil III. Inoffizielle Mitteilungen des Ministers Spina über die Erfolge der deutschen Minister in der Regierung der Tschechoslowakei, Bericht des Donaudelegierten über die Abschiedstagung der Donaukommission in Prag: Politisches an den Herrn Reichsminister des Äußeren, Berlin, den 29. Juni 1927, Nr. 26, 70. Ausführlicher vgl. Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil III. Inoffizielle Mitteilungen des Ministers Spina über die Erfolge der deutschen Minister in der Regierung der Tschechoslowakei, Bericht des Donaudelegierten über die Abschiedstagung der Donaukommission in Prag: Politisches an den Herrn Reichsminister des Äußeren, Berlin, den 29. Juni 1927, Nr. 26, 71–72.*

48) *Československá statistika (weiter nur ČSS) – Svazek 70. Řada I. (Volby, sešit 4). Volby do poslanecké sněmovny v říjnu 1929, Praha 1930, 9\*. Im Senat handelten sich um 9 Mandate.*

49) *Die Partei stellte für ihren Beitritt zur Regierung keine Vorbedingungen in Form von Zugeständnissen in der Nationalitätenpolitik mehr. Sator 2008, 27. Man kann wohl sagen, dass der Beitritt der stärksten deutschen Partei zur Regierung der Höhepunkt der Aktivismuspolitik war.*

50) *Zur Regierungsbildung vgl. Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil III. Mehrheits- und Kabinettsbildung in der Tschechoslowakei, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 5. Dezember 1929, Nr. 79, 212–215.*

51) *Genauer gesagt, im ersten Udržal-Kabinett behielt er den Posten des Ministers für öffentliche Arbeiten bei, das Ressort öffentliches Gesundheitswesen und Körpererziehung übernahm er erst in dessen zweiter Regierung.*

52) *Trapl 2006, 91.*

53) *Haag 1973, 140. Weitere Probleme entstanden im Bereich des Schulwesens, als Prag das Entstehen tschechischer Minderheitenschulen im mehrheitlich deutschen Gebiet unterstützte. Franz Spina betrachtete diese Politik als zeitweilig, die Finanzierung derartiger Schulen als langfristig unhaltbar. Vgl. Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil III. Tschechisierung des Schulwesens, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 18. Februar 1930, Nr. 86, 225.*

Deutsche Nationalpartei) befanden sich in einer Situation, in der ihnen das amtliche Verbot drohte. Zu dieser Zeit bemühten sich Spina und weitere Funktionäre des BdL, einerseits mit den tschechoslowakischen Agrariern zugunsten der Landwirte zusammenzuarbeiten, andererseits hatten sie Angriffe vonseiten der deutschen negativistischen Parteien wegen ihrer aktivistischen Politik abzuwehren. Zum Beispiel erklärte Ende 1931 bei einer Haushaltsdebatte der BdL-Abgeordnete Franz Windirsch, „daß die Sudetendeutschen die Tschechoslowakei als ihre Heimat betrachten und daß dieser Staat im Ernstfalle ebenso auf sie rechnen könne wie auf die Tschechen“.<sup>54</sup> Spina war andererseits nach den Worten des deutschen Botschafters Koch nicht in der Lage, die Erklärung zu erläutern bzw. klarzustellen, ob sie in diesem Maß notwendig war.

Im Oktober 1932 kam es aufgrund der Wirtschaftskrise zur Umbildung der tschechoslowakischen Regierung. Walter Koch zufolge befürchteten die Regierungsparteien die kommenden Wahlen, sie wollten keine Stärkung der Positionen der tschechischen Faschisten, der deutschen DNSAP und der Kommunisten. Die Lage der deutschen Aktivisten in der Regierung hatte sich nach seiner Meinung nicht verändert, doch kam es zu einer klaren Schwächung ihrer Wählerunterstützung bzw. der Unterstützung des Aktivismus als solchen. Der Botschafter verwies auch auf die Probleme im Schulwesen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die in hohem Maß gerade die sudetendeutschen Gebiete betrafen, was eine Verarmung der Sudetendeutschen und deren Zuwendung zu radikalen Meinungen zur Folge hat, wie er abschließend anfügte.<sup>55</sup>

Während des folgenden Jahres zeigten sich voll die Auswirkungen der Radikalisierung der Sudetendeutschen und der Etablierung des neuen Regimes im benachbarten Deutschland. Die deutschen Aktivisten gerieten in eine immer schwierigere Lage – sie mussten die Regierungspolitik verteidigen, die jedoch einer immer größeren Anzahl an Sudetendeutsche als deutschfeindlich erschien.<sup>56</sup> Nach Hitlers Machtantritt kam es in zahlreichen Staaten, die mit Deutschland benachbart waren, zum Verbot der nationalsozialistischen Parteien. In Zusammenhang damit war nicht klar, welche Partei die Ziele der Sudetendeutschen verteidigen und durchsetzen wird. Im Oktober 1933 entschied sich schließlich die tschechoslowakische Regierung, die DNSAP aufzulösen; ein großer Teil ihrer Mitglieder ging jedoch unverzüglich zur neu entstandenen Sudetendeutschen Heimatfront (SHF) über.<sup>57</sup>

Den einzigen Ausweg aus der Not sahen daher die Vertreter der gefährdeten Parteien (DNSAP und DNP) in der „Bildung einer einheitlichen nationalen Parteienfront, die durch den Zusammenschluss von DNSAP und DNP mit den sonstigen deutschen bürgerlichen Parteien entstehen sollte und die gegen den Marxismus gerichtet wäre. Es war nur noch ein politisch nicht allzu fähiger und doch ausreichend einflussreicher Retter zu finden“.<sup>58</sup> Zu dieser Person wurde Konrad Henlein, der sich an die Spitze der neuen Bewegung – der SHF – stellte, die im Oktober 1933 entstand. Die neue Heimatfront hatte kein festes politisches Programm und ihr einziges Ziel war die Vereinigung aller Sudetendeutschen. Das Jahr 1933 bedeutete zugleich einen kritischen Moment in der Entwicklung des deutschen Aktivismus. Dieser konnte sich zwar auf die Unterstützung von fast 75 % der Wähler berufen, doch dieser Anteil entsprach nicht mehr der Wirklichkeit. Es war nämlich praktisch klar, dass sich ein Teil der Wähler in den nächsten Parlamentswahlen anders entscheiden wird.<sup>59</sup>

Nach dem Entstehen der SHF knüpften die Vertreter des BdL mit dieser Bewegung Kontakte an. Deren Führer Konrad Henlein war sich ebenfalls der Notwendigkeit bewusst, gute Beziehungen mit der tschechoslowakischen Regierung zu haben und suchte daher Schutz im Lager der deutschen aktivistischen Parteien und wandte sich an die stärkste deutschen bürgerliche Partei – den BdL. Das Ziel von Henleins Bemühungen war es, vor allem in den ersten Wochen nach der Gründung der SHF mit Hilfe des BdL die Gefahr eines amtlichen Verbots abzuwenden.<sup>60</sup>

Der Bund der Landwirte widersetzte sich den Gesprächen nicht. Seine Führer hofften, in der neuen Organisation das entscheidende Wort zu erlangen und so die eigene Stellung zu festigen. Nachdem die deutschen Agrarier im Juni und September 1933 abgelehnt hatten, mit den Nationalsozialisten zu verhandeln, begann Franz Spina bereits im Oktober 1933 direkte Gespräche mit Henlein. Dabei interessierte er sich vor allem für die Beziehung der SHF zur tschechoslowakischen Regierung und zu den deutschen Agrariern. Diese Gespräche ermöglichten Henlein und seiner Bewegung, die Anfangszeit der Unsicherheit zu überleben und sorgten für ein wohlwollendes Vorgehen der tschechoslowakischen Behörden.<sup>61</sup>

54) Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil III. Eine sudetendeutsche Loyalitätserklärung, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 11. November 1931, Nr. 123, 283.

55) Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil III. Innerpolitischer Situationsbericht, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 31. Oktober 1932, Nr. 137, 308–311.

56) Haslinger 2010, 385.

57) Während die DNSAP sich selbst auflöste, tat die DNP dies nicht und nachdem ihre

Tätigkeit ausgesetzt wurde, zerfiel sie praktisch. Spina war mit dieser Maßnahme nicht einverstanden und traf sich deshalb auch mit Außenminister Edvard Beneš (Bachmann 1976, 181).

58) Vymazalová 1999, 19.

59) Vgl. Kracik 1999, 236.

60) Franzel 1990, 371. Henlein erklärte: „Die Heimatfront steht auf dem Boden des Staates und ist grundsätzlich auch für eine Beteiligung an der Regierung“ (Foustka 1937, 28).

61) Štěpán 1963, 7.

Anfangs waren Spina und weitere Politiker des BdL gegen ein Verbot der Henlein-Bewegung und schlossen sogar mit der SdP<sup>62</sup> eine Kooperationsvereinbarung mit der Bedingung, dass die SHF auf dem Land nicht kandidiert. Bereits Ende 1934 begann jedoch im BdL Kritik gegen die bisherige Politik gegenüber der SHF laut zu werden, verbunden mit Befürchtungen vor einer Abwanderung der Wähler und vor dem Verlust des politischen Einflusses.<sup>63</sup> In einigen Regionen kam es außerdem sogar zu organisierten Übertritten der deutschen Agrarier zur Sudetendeutschen Partei. Es mehrten sich auch die Aktionen der nationalistischen Funktionäre der BdL, die mit der aktivistischen Politik ihrer Führung nicht einverstanden waren und unter denen auch der damalige Vorsitzende des BdL-Parlamentsklubs und Spinas Landsmann aus Markt Türrnau Franz Hodina nicht fehlte. Dieser legte im März seine Funktion als Vorsitzender des Parlamentsklubs nieder und ging Ende April 1935 am Vorabend der Parlamentswahlen zur SdP über, die ihn sogleich in ihre Kandidatenliste aufnahm.<sup>64</sup> Vor den Maiwahlen 1935 trat im März ein Parteitag des BdL zusammen, auf dem dessen Delegierte das Aktivismuskonzept von Franz Spina unterstützten. Als jedoch die Wahlergebnisse verkündet wurden, zeigte sich, dass seine Politik gescheitert war. Der BdL erreichte

nur 1,73 % Stimmen und 5 Mandate.<sup>65</sup> Trotzdem wurde Franz Spina Regierungsmitglied als Minister ohne Geschäftsbereich.<sup>66</sup> Es handelte sich um eine Art Ministerposten für seine Landsleute, bei dem Spinas Aufgabe war, in der Regierung die Interessen der deutschen Minderheit wahrzunehmen. Für seine Tätigkeit erntete er häufig Kritik, und zwar auch aus der eigenen Partei, denn er konnte keine auf den ersten Blick sichtbaren Ergebnisse aufweisen.<sup>67</sup>

Alle aktivistischen Parteien verloren seit 1935 an Parteigängern, denn sie hatten kein Programm, das sie gegen das „populistische Sammelprogramm der Sudetendeutschen Partei“<sup>68</sup> stellen konnten. Als Reaktion auf den Misserfolg bei den Wahlen kam es zu Änderungen in der Führung des BdL. Im Januar 1936 trat ein Parteitag zusammen,

62) Die Sudetendeutsche Partei entstand kurz vor den Parlamentswahlen von 1935, denn die damals geltenden Gesetze erlaubten nur die Kandidatur von politischen Parteien. Die SHF war eine Bewegung und daher konnte sie nicht an den Wahlen teilnehmen. Das Wort Partei wirkte demokratischer als die Bezeichnung Bewegung. Die tschechoslowakische Regierung hoffte dem deutschen Botschafter Walter Koch zufolge außerdem, dass sie mit ihrem Druck auf die Namensänderung der SHF Probleme bereitet. Vgl. *Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil IV. Vom Vorabend der Machtergreifung in Deutschland bis zum Rücktritt von President Masaryk 1933–1935. Berichte des Gesandten Koch, der Konsuln von Bethusy-Huc, von Druffel, von Pfeil und des Gesandtschaftsrates von Stein. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Heidrun und Stephan Dolezel, Veröffentlichungen des Collegium Karolinum, Band 49/IV, München 1991. Gründung einer neuen nationalen, oppositionellen Sudetendeutsche Wahlgruppe, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 2. 5. 1935, Nr. 117, 243–245.*

63) Vgl. *Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil IV. Hochbetrieb hinter den Kulissen – Wie weit Henlein Minister Spina entgegenkam, Deutsche Presse, 25. Januar 1935, Nr. 92b, 198–199. Einen Monat darauf gelang es Beneš, Spina ohne Schwierigkeiten dazu zu bewegen, „der Sudetendeutschen Heimatfront eine in auffallend schroffer Form gehaltene Absage zu erteilen“. Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil IV. Die Vorgänge im sudetendeutschen Lager, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 28. Februar 1935, Nr. 106, 220.*

64) Trapl 2006, 91.

65) *ČSS – Svazek 134. Řada I. (Volby, sešit 5). Volby do poslanecké sněmovny v květnu 1935, Praha 1936, 9. Die sog. aktivistischen Parteien revidierten nach den Wahlen zwar ihre Programmziele und die nationalistischen Tendenzen verstärkten sich bei ihnen, es tauchten Forderungen nach einer Revision der Außenpolitik und nach einer Gleichberechtigung der Deutschen auf, doch widerstanden sie dem Druck der SdP zumindest anfangs. Ihr Widerstand schwächte sich jedoch nach und nach ab (die einzige Ausnahme blieb in dieser Hinsicht die deutsche Sozialdemokratie); den größeren Einfluss erlangten allmählich die zu einer Zusammenarbeit mit der SdP bereiten Flügel.*

66) Die Tatsache, dass er und Erwin Zajicek nur Ministerposten ohne Geschäftsbereich bekleideten, zeigte klar, „wie uninteressant die deutschen Aktivisten im Grunde für die Staatsleitung jetzt geworden waren“ (Burian 1969, 148).

67) Im Dezember 1935 hatte er außerdem Kritik von Premierminister Hodža dafür einzustecken, dass er in seiner Rede in Most (deutsch Brüx) verraten hätte, worüber die Regierung beraten hatte, und dass er die Bedeutung der Worte seiner Kabinettskollegen verschoben hätte. Zum Schluss des Berichts tauchte die Überlegung auf, dass Spina bereits recht alt sei und von einem Jüngeren ersetzt werden sollte. Vgl. *Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil IV. Nachspiel zur Brüxer Rede Spinas, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag, den 6. Dezember 1935, Nr. 151, 324–325.*

68) Broklová 1999, 81. Der deutsche Gesandte in Prag Ernst Eisenlohr schrieb sogar im Juli 1936 nach der Unterhaltung mit dem tschechoslowakischen Aussenminister Kamil Krofta: „Ihm erwiderte ihm, die Zusammenarbeit mit den deutschen Aktivisten nütze der tschechoslowakischen Regierung nichts, weil die Aktivisten von der Minderheit nicht als Repräsentanten des Deutschtums anerkannt würden, und sie habe auch bisher der deutschen Minderheit keinerlei greifbaren Vorteil gebracht.“ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, R 103624, Prag, den 11. Juli 1936, fol. 084. Zugleich erkannte er aber an, dass Krofts Ansichten zur deutschen Minderheit objektiver sind als bei den sonstigen Spitzenpolitikern. Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, R 103624, Prag, den 11. Juli 1936, fol. 089.

auf dem Spina die Zusammenarbeit mit der UdSSR kritisierte und für einen Mittelweg plädierte. Vorsitzender des BdL wurde jedoch Gustav Hacker. Hacker gehörte gemeinsam mit Wenzel Jaksch (Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik) und Hans Schütz (DCV) zu den Vertretern des sog. Neoaktivismus, zugleich versuchte er jedoch, auch einen Weg zu Konrad Henlein zu finden. Franz Spina betonte in dieser Zeit unentwegt, dass es notwendig ist, mit den Tschechen zusammenzuarbeiten, doch auf ihn hörte schon fast niemand mehr.

Der Anfang 1937 stand im Zeichen wirklicher Vorbereitungen für einen Nationalitätenausgleich zwischen Tschechen und Deutschen. Bereits im Januar beriet die Regierung über den Modus eines nationalen Vergleichs mit den deutschen aktivistischen Politikern und am 24. Januar 1937 referierte Premierminister Hodža im Rundfunk über die Prinzipien einer Einigung mit den Deutschen. Umgehend erklärte Minister Czech im Namen der drei deutschen Minister und in Übereinkunft mit den aktivistischen deutschen Parteien, dass eine Einigung aus der Sicht der deutschen aktivistischen politischen Kräfte real erscheint. In einem gemeinsamen Memorandum, das am 27. Januar 1937 dem Premierminister übergeben wurde<sup>69</sup> und die nationalitätenpolitischen Vorschläge der deutschen Koalitionsparteien enthielt, deklarierten sie ihre Bereitschaft, sich auf demokratischer Grundlage, mit demokratischen Methoden und im demokratischen Geist zu verständigen. Im Februar 1937 kam es zum sog. Februarabkommen.<sup>70</sup> Dessen Ergebnisse wurden jedoch von den Heinleinleuten torpediert, die sich nicht einigen wollten, und auch die Maßnahmen der tschechoslowakischen Regierung in den vereinbarten Vergleichspunkten waren nicht so entschieden und schnell, als dass sie die ungünstige Entwicklung der tschechisch-deutschen Beziehungen hätten zu bremsen vermocht. Die deutschen Neoaktivisten bemühten sich, die Verhandlungsergebnisse zu nutzen und versuchten, auch die SdP zu Gesprächen zu bewegen, was jedoch nicht gelang. Franz Spina kritisierte dann im Mai 1937 scharf die Heinleinpartei auf der Bezirkskonferenz des BdL in Aussig (Ústí nad Labem); er beschuldigte sie des prinzipienlosen Lavierens zwischen verschiedenen Losungen und der Verheimlichung des tatsächlichen Programms der Bewegung.<sup>71</sup>

69) Die wichtigsten waren drei Bereiche: „1) Regierungsaufträge und anteilmäßige Beschäftigung von Deutschen im Staatsdienst; 2) Bildung; 3) Sprachenfrage“ (Kuklík und Němeček 2011, 197).

70) Es handelte sich um die sog. Koalitionsvereinbarung vom 18. Februar 1937, die den grundlegenden praktischen Rahmen des Entwurfs für einen Nationalitätenausgleich bildete. Deren Bestandteil war ein Memorandum der Vertreter der deutschen aktivistischen Parteien mit ihren Forderungen in politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und sprachlichen Angelegenheiten.

71) Trapl 2006, 92.

Obwohl die deutschen aktivistischen Parteien auch noch Anfang 1938 auf dem Boden des Koalitionsabkommens vom 18. Februar 1937 standen, forderten sie dessen Erweiterung. Die deutschen Agrarier sprachen zwar vom Februarabkommen als von einem politischen Meilenstein, dessen Ziel Gerechtigkeit für alle Nationen im Staat sei, doch zugleich forderten sie seine Vervollkommnung und insbesondere die gesetzgeberische Bestätigung seiner Unterschriften. Immer noch optimistisch äußerten sich ebenso die deutschen Christlich-Sozialen. Trotzdem nahm auch in ihren Reihen die Skepsis zu. Zwar gaben sie zu, dass der 18. Februar 1937 die „Entnationalisierungswelle“ aufgehalten hatte, andererseits sahen sie aber eine große Gefahr in der Ideologie des tschechoslowakischen Nationalstaates.<sup>72</sup>

Im Februar 1938 teilte der Premierminister Milan Hodža bei einem Gespräch mit Botschafter Eisenlohr mit, dass er die deutschen Aktivisten aus der Regierung heraus haben will.<sup>73</sup> Die neue Haltung des Premierministers zum Engagement der deutschen Aktivisten in der höchsten Regierungspolitik wird gut durch den Umstand illustriert, dass Hodža auch nicht an den mit dem ersten Jahrestag des Februarabkommens verbundenen Veranstaltungen teilnahm. Einen Monat später kam es zum Anschluss von Österreich, der praktisch das Ende des deutschen Aktivismus bedeutete. Die Eingliederung Österreichs ins Reich ließ die deutschen demokratischen Parteien zerfallen, die bereits seit Herbst 1937 nur schwer dem Druck der Sudetendeutschen Partei zu widerstehen vermochten. Am 22. und 23. März verschmolzen BdL und DCV mit der Sudetendeutschen Partei und ihre Vertreter, die Minister ohne Geschäftsbereich Franz Spina vom BdL und Erwin Zajicek von der DCV, traten aus der Regierung aus. Ihre Abgeordneten und Senatoren wurden bis auf Ausnahmen (Franz Spina oder Erwin Zajicek) Mitglieder beider SdP-Klubs.<sup>74</sup> Beide Parteien begründeten ihre Reaktion mit dem Scheitern der „Politik des 18. Februar“. Am 25. März reichte infolge des Drucks der Rechten innerhalb der Regierung und innerparteilicher Kämpfe auch der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Ludwig Czech seinen Rücktritt ein, der in der Regierung den Posten des Ministers für öffentliches Gesundheitswesen und Körpererziehung bekleidete.

Der fast siebzigjährige Franz hatte nicht mehr genug physische und psychische Kraft, um sich der Angriffe gegen seine Person zu erwehren. Seine demokratische Denkweise trug dazu bei, dass er eine Reihe von Jahren für die Durchsetzung der tschechisch-deutschen Zusammenarbeit zu kämpfen vermochte. Er unterstützte mehrere Versuche einer Erneuerung der deutschen Agrarpartei beziehungsweise einer anderen deutschen demokratischen bürgerlichen Vereinigung, die jedoch scheiterten. Er nahm noch an der Enthüllung des Švehla-Denkmal im August 1938 teil. Die Heinleinleute führten gegen

72) Krofta 1939, 246.

73) Kracic 1999, 390.

74) Franz Spina verzichtete auf sein Abgeordnetenmandat.

ihn eine große Verleumdungskampagne, Probleme mit den deutschen Nazis und Nationalisten hatte er auch unter seinen Kollegen und Studenten an der deutschen Universität in Prag, was erheblich zur Verschlechterung seines Gesundheitszustands führte. Einen Tag nach dem Putschversuch der Sudetendeutschen Partei, am 17. September 1938, starb Franz Spina an einer Lungenentzündung.<sup>75</sup> Er wurde am 20. September 1938 im Krematorium in Prag-Strašnice nach eigenem Wunsch ohne Teilnahme der Öffentlichkeit feuerbestattet.<sup>76</sup>

#### Benutzte Quellen

##### Ungedruckte Quellen

Národní archiv Praha:

Fond policejní ředitelství Praha II – prezidium, sign. Sp 4/9, manipulační období 1921–1930, kart. 452.

Fond policejní ředitelství Praha II – prezidium, sign. S 4897/10, manipulační období 1931–1940, kart. 10937.

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin, R 103624.

##### Gedruckte Quellen

Československá statistika. Svazek 70. Řada I. (Volby, sešit 4). Volby do poslanecké sněmovny v říjnu 1929 (1930). Praha: Státní úřad statistický.

Československá statistika. Svazek 134. Řada I. (Volby, sešit 5). Volby do poslanecké sněmovny v květnu 1935 (1936). Praha: Státní úřad statistický.

Deset let československé republiky. Svazek první (1928). Praha: Státní tiskárna v Praze.

Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil I. Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Beneš 1918–1921. Berichte des Generalkonsuls von Gabsattel, des Konsuls König und des Gesandten Professor Saenger. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander, Veröffentlichungen des Collegium Karolinum, Band 49/II (2003). München: Oldenbourg.

Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil II. Vom Kabinett Beneš bis zur ersten übernationalen Regierung unter Švehla 1921–1926. Berichte des Gesandten Dr. Walter Koch. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander, Veröffentlichungen des Collegium Karolinum, Band 49/II (2004). München: Oldenbourg.

Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil III. Von der Regierung unter Švehla bis zum Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland 1926–1932. Berichte des Gesandten Dr. Walter Koch. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 49/III (2009). München: Oldenbourg.

Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil IV. Vom Vorabend der Machtergreifung in Deutschland bis zum Rücktritt von President Masaryk 1933–1935. Berichte des Gesandten Koch, der Konsulin von Bethusy-Huc, von Druffel, von Pfeil und des Gesandtschaftsrates von Stein. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Heindrun und Stephan Dolezel, Veröffentlichungen des Collegium Karolinum, Band 49/IV (1991). München: Oldenbourg.

Národní shromáždění Republiky československé v prvním desetiletí (1928). Praha: Předsednictvo Poslanecké sněmovny a předsednictvo Senátu.

ŠTĚPÁN, František (1963): *Spolupráce německých buržoazních stran s henleinovskými fašisty v letech 1933–1935 (výběr dokumentů)*. Sborník archivních prací XIII, č. 1, 1963, S. 3–62.

VYMAZALOVÁ, Marie (1999): *Sudetoněmecká strana 1935–1936* (diplomová práce). FF UK. Praha.

#### Literatur

BACHMANN, Harald (1976): Franz Spina. In: Bosl, Karl (ed.): *Lebensbilder zur Geschichte der Böhmisches Länder*. München, Wien: Oldenbourg, S. 169–185.

BROKLOVÁ, Eva (1999): *Politická kultura německých aktivistických stran v Československu 1918–1938*. Praha: Karolinum.

BURIAN, Peter (1969): Chancen und Grenzen des Sudetendeutschen Aktivismus. In: Bosl, Karl (ed.): *Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik*. München, Wien: Oldenbourg, S. 133–149.

CĚSAR, Jaroslav und ČERNÝ, Bohumil (1962): *Politika německých buržoazních stran v Československu v letech 1918–1938. Díl I. (1918–1929)*. Praha: Nakladatelství ČSAV.

FOUSTKA, Radim Neumann (1937): *Konrád Henlein. Neoficiální historie jeho strany*. Praha: Volné myšlenky.

FRANZEL, Emil: (1990): *Sudetendeutsche Geschichte: eine volkstümliche Darstellung*. Mannheim, Würzburg: Kraft.

HAAG, John (1973): 'Knights of the Spirit': The Kameradschaftsbund. *The Journal of Contemporary History*, Vol. 8, 1973, No. 3, S. 133–153.

HARNA, Josef (2005): Stranickopolitický systém v Československu v letech 1918–1938. In: Malíř, Jiří, Marek, Pavel und kol.: *Politické strany. Vývoj politických stran a hnutí v českých zemích a Československu 1861–2004. I. díl: Období 1861–1938*. Brno: Doplněk, S. 535–552.

HASLINGER, Peter (2010): *Nation und Territorium im tschechischen politischen Diskurs 1880–1938*. München: Oldenbourg.

HAVLÍN, Michael (2012): Eine Begriffsgeschichte der deutsch-tschechischen ‚Symbiose‘ nach Franz Spina. In: Höhne, Steffen und Udolph, Ludger (eds): *Franz Spina (1868–1938). Ein Prager Slavist zwischen Universität und politischer Öffentlichkeit*. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, S. 261–280.

HÖHNE, Steffen (2012): Franz Spina – Ein Prager Slavist zwischen Universität und politischer Öffentlichkeit. In: Höhne, Steffen und Udolph, Ludger (eds): *Franz Spina (1868–1938). Ein Prager Slavist zwischen Universität und politischer Öffentlichkeit*. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, S. 9–37.

HUBENÝ, David und HASIL, Jan (2011): Postoj říšských a československých Němců k první československé ústavě z roku 1920. In: Čechurová, Jana, Šlehofer, Lukáš und kol.: *Ústava 1920. Vyrcholení konstituování československého státu*. Praha: Leges, S. 121–132.

KRACIK, Jörg (1999): *Die Politik des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei 1920–1938*. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien: Peter Lang.

KROFTA, Kamil (1939): *Z dob naší první republiky*. Praha: Jan Laichter.

KUBŮ, Eduard und ŠOUŠA, Jiří (2012): Franz Spina und der deutsche Agrarismus in den böhmischen Ländern der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. In: Höhne, Steffen und Udolph, Ludger (eds): *Franz Spina (1868–1938). Ein Prager Slavist zwischen Universität und politischer Öffentlichkeit*. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, S. 141–168.

KUKLÍK, Jan und NĚMEČEK, Jan (2011): Národnostní problematika v Československu očima americké diplomacie (1933–1938). *Moderní dějiny. Časopis pro dějiny 19. a 20. století*, roč. 19, č. 2, S. 183–218.

LINZ, Norbert (1982): *Der Bund der Landwirte in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Struktur und Politik einer deutschen Partei in der Aufbauphase*. München, Wien: Oldenbourg.

LINZ, Norbert (1975): Die Binnenstruktur der deutschen Parteien im ersten Jahrzehnt der ČSR. In: Bosl, Karl (ed.): *Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik*. München, Wien: Oldenbourg, S. 201–223.

PETRÁŠ, René (2009): *Menšiny v meziválečném Československu. Právní postavení národnostních menšin v první Československé republice a jejich mezinárodněprávní ochrana*. Praha: Karolinum.

SATOR, Klaus (2008): Německá sociálně demokratická strana dělnická v Československé republice. In: Kokoška, Stanislav und Oellermann, Thomas (eds.): *Sudetští Němci proti Hitlerovi. Sborník německých odborných studií*. Praha: Ústav pro soudobé dějiny AV ČR, v. v. i., S. 18–29.

ŠEBEK, Jaroslav (2005): Politické strany německé menšiny. In: Malíř, Jiří, Marek, Pavel und kol.: *Politické strany. Vývoj politických stran a hnutí v českých zemích a Československu 1861–2004. I. díl: Období 1861–1938*. Brno: Doplněk, S. 861–891.

TÓTH, Andrej (2010): Political Parties of Hungarian Minority in Interwar Czechoslovakia (1918–1938) – Brief Summary and Outline of the Issue. In: *Öt kontinens. Az Új- és Jelenkori Egyetemes Történeti Tanszék tudományos közleményei*. Budapest: Eötvös Loránd Tudományegyetem. Bölcsészettudományi Kar, S. 169–193.

TÓTH, Andrej, NOVOTNÝ, Lukáš und STEHLÍK, Michal (2011): Národnostní menšiny v ústavněprávním rámci první Československé republiky (1918–1938). *Historický obzor*, roč. 22, č. 11/12, S. 256–269.

TÓTH, Andrej, NOVOTNÝ, Lukáš und STEHLÍK, Michal (2011): Deutsche, Ungarn und Slowaken in der Tschechoslowakei zwischen den Weltkriegen. Ein Beitrag zur Geschichte der ersten Tschechoslowakischen Republik. *West Bohemian Historical Review* 01/2011, S. 143–170.

TRAPL, Miloš (2006): Profesor Franz Spina, německý agrární aktivistický politik. In: *Osobnosti agrární politiky 19. a 20. století*. Sborník příspěvků z mezinárodní konference konané ve dnech 24.–25. května 2006. Studie Slováckého muzea. Uherské Hradiště, S. 89–95

<sup>75</sup> Vgl. NA, *fond policejní ředitelství Praha II – prezidium, sign. S 4897/10, manipulační období 1931–1940, kart. 10937*.

<sup>76</sup> Spina „hat die welthistorischen Umwälzungen im Oktober 1938 nicht mehr erlebt, und es blieb ihm auch erspart, den Zusammenbruch seiner politischen Welt ansehen zu müssen“ (Bachmann 1976, 184).

**Internetquellen**

Příloha k tésnopisecké zprávě o 91. schůzi poslanecké sněmovny Národního shromáždění republiky Československé v Praze ve středu dne 16. listopadu 1921, <http://www.psp.cz/eknih/1920ns/ps/stenprot/091schuz/prilohy/priloh01.htm>, 25. 7. 2012.

**Summary**

*At the end of the First World War I in autumn 1918, the old European system collapsed. The beginning of the new époque of the European history radically changed the political map of the central Europe. Austria-Hungary fell apart and the successor states emerged on its grounds.*

*The German Agrarian (the member of Bund der Landwirte, BdL) Franz Spina belonged to the most important political representatives of the German minority in the First Czechoslovak Republic. He managed to be knowledgeable in this new situation and after the proclamation of the new republic he threw himself into the policy. Following the example of his father-in-law Franz Peschka he decided for the Agrarian Party. BdL was the most powerful political party representing the opinions of the German minority in Czechoslovakia. However, it continued the activity of the German Agrarian Party, the party had to create again after the origin of the First Czechoslovak Republic. The party was established soon after in mid-November 1918 in Česká Lípa and built a new party's organizational net during the first three months. The first meeting of the party in the Czechoslovak Republic, where the basis of the organizational structure were founded, occurred in Teplice at the end of February 1919. Unlike the most of the Sudeten German, who refused their incorporation to Czechoslovakia and hoped to become a part of Austria connecting to Germany, Spina understood that the political situation could not carry through. After his joining the parliament (1920) he understood very soon that the tries of the Sudeten Germans to disintegrate the Czechoslovak Republic had no chance of success. He became the vice-president of the parliamentary club BdL, soon after he became the president. He was elected as a deputy of BdL in other following elections in the First Czechoslovak Republic, he was also the vice-chairman between 1920 and 1925 and also the chairman between 1933 and 1936 of BdL. He became the secretary of the committee of the Czechoslovak Parliament since 1920 and the vice-chairman of the Chamber of Deputies of the Parliament. He was the front propagator of the policy of so called activism in the first half of the 1920's. The policy of so called activism meant the trying to find the possibilities to more active cooperation with the official posts and to make understood between the majority of the Czechoslovakia nation and the German minority. For instance he published the article in the newspaper Bohemia in 1921, where he marked out the principles of the activism. This tendency was completed in autumn 1926, when two German Ministers (one of them was Franz Spina and the second Robert Mayr-Harting from the Deutsche christlich-soziale Volkspartei) entered the nations mixed government of Antonín Švehla. It was the peak of Spina's political career; as a member of the national minority he could not reach the higher posts. After starting a new post he made a statement, in which he definitely claimed for the Czechoslovak Republic, while stating that as a minister of the Czechoslovak government he would respect the laws and principles of the state.*

*When the Great Depression started, Spina tried to make some arrangements in favour of the peasants. He also had to face up to the pressure of the negativistic parties (Deutsche Nationalpartei a Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei), which criticized his policy. After the beginning of the Sudetendeutsche Heimatfront in 1933 Spina tried to make an agreement with his leader Konrad Henlein, but he soon recognized that the agreement with this politician would not be possible. He tried to get better of the position of the German minority at the beginning of 1937 in an active way (the February Agreement), but the atmosphere of this time was not good for the positive results in the Czechoslovak Republic. He gave up his parliamentary mandate in March 1938. The supporters of the Sudeten German Party started a big defamatory campaign against him, he had also problems with the German nationalists and also with the students and professors at German university. The below stated problems caused the worsening of his bad health. He died exhausted because of the numerous attacks in autumn.*

*The personality of Franz Spina embodied a German activism in the First Czechoslovak Republic. The university professor, a Slavist, a man knowing both languages tried to make an agreement between the Czechs and the Germans during the era of the interwar Czechoslovakia. He was the minister of a Czechoslovak government, who served in this post the longest period. He also contributed to looking for the modus vivendi between the Czechoslovak majority and the German minority. After his leaving the government the German activism ended and his death, which occurred some days before the Munich Agreement was more than symbolic.*